

GRUNDORDNUNG

DER

TECHNISCHEN

UNIVERSITÄT

ILMENAU

P r ä a m b e l

05 A 2195

Die Technischen Universität Ilmenau fühlt sich den humanistischen Traditionen von Lehre, Wissenschaft und Forschung verpflichtet. Ihre Mitglieder und Angehörigen bedenken verantwortungsvoll die Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse. Im Sinne einer Selbstverpflichtung soll die Forschung an der Technischen Universität Ilmenau ausschließlich zivilen Zwecken dienen.

Die vorliegende Grundordnung entstand 1993 aus der Notwendigkeit, die nach dem Herbst 1989 an unserer Universität entstandenen beispielhaften demokratischen Strukturen an das Thüringer Hochschulgesetz anzupassen. Die Technische Universität Ilmenau bekennt sich zu den guten Erfahrungen mit der paritätischen Besetzung ihrer Gremien während dieser Zeit und setzt sich für eine Novellierung der gesetzlichen Gegebenheiten in dieser Hinsicht ein. Sie versucht die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Mitgliedergruppen in den Gremien trotz der Einschränkung der gleichberechtigten Mitbestimmung fortzusetzen.

I n h a l t

Abschnitt I: Allgemeine Bestimmungen

- § 1 - Rechtsnatur
- § 2 - Grundordnung
- § 3 - Aufgaben der Universität
- § 4 - Zusammenarbeit
- § 5 - Mitglieder und Angehörige
- § 6 - Rechte und Pflichten der Mitglieder und Angehörigen
- § 7 - Studentenschaft
- § 8 - Informationsverpflichtung der Universitätsleitung

Abschnitt II: Zentrale Organe und Gremien

Universitätsleitung

- § 9 - Aufgaben und Zusammensetzung
- § 10 - Beanstandungsrecht der Universitätsleitung
- § 11 - Rektor
- § 12 - Prorektoren
- § 13 - Kanzler
- § 14 - Zentrale Einrichtungen

Konzil

- § 15 - Zusammensetzung und Aufgaben des Konzils
- § 16 - Vorstand des Konzils

Senat

- § 17 - Aufgaben des Senats
- § 18 - Zusammensetzung des Senats

Ständige Senatsausschüsse

- § 19 - Aufgaben der Ständigen Senatsausschüsse
- § 20 - Zusammensetzung der Ständigen Senatsausschüsse
- § 21 - Gleichstellungsbeauftragte
- § 22 - Gleichstellungsrat

Kuratorium

- § 23 - Aufgaben und Zusammensetzung des Kuratoriums

Abschnitt III:

Die Fakultäten

- § 24 - Organisation und Aufgaben der Fakultät
- § 25 - Mitglieder der Fakultät
- § 26 - Dekan
- § 27 - Fakultätsrat
- § 28 - Fakultätsmitarbeitererrat
- § 29 - Fachschaft
- § 30 - Fakultätskommissionen, Fakultätsbeauftragte
- § 31 - Interfakultative Kommissionen

Abschnitt IV:

Wissenschaftliche Einrichtungen/Betriebseinheiten

- § 32 - Institute
- § 33 - Fachabteilungen
- § 34 - Technische Betriebseinheiten
- § 35 - Bibliothekswesen

Abschnitt V:

Berufungen und Stellenbesetzungen

- § 36 - Wahl und Zusammensetzung der Berufungskommission
- § 37 - Aufgaben der Berufungskommission
- § 38 - Aufgaben des Fakultätsrates bei Berufungen
- § 39 - Ausschreibung
- § 40 - Bewerbungen
- § 41 - Berufungsvorschlag
- § 42 - Stellenbesetzung

Abschnitt VI:

Geschäftsgang/Inkrafttreten

- § 43 - Geschäftsordnung
- § 44 - Geschäftsleitung
- § 45 - Beschlußfassung und Empfehlungen
- § 46 - Öffentlichkeit und Information
- § 47 - Ausschluß und Befangenheit
- § 48 - Außerordentliche Sitzung
- § 49 - Stellvertretung
- § 50 - Behandlung von Streitfällen
- § 51 - Inkrafttreten

Abschnitt I

§ 1 Rechtsnatur

(1) Die Technische Universität Ilmenau (im weiteren Universität genannt) ist eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts und zugleich eine staatliche Einrichtung. Im Rahmen der Gesetze und dieser Grundordnung verwaltet sie ihre Angelegenheiten selbst.

(2) Die Universität führt ein eigenes Siegel. Änderungen des Siegels bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der Senatsmitglieder.

(3) Die Universität hat das Habilitations- und Promotionsrecht sowie das Recht der Verleihung akademischer Grade und Ehrungen.

§ 2 Grundordnung

(1) Die Universität gibt sich eine Grundordnung. Sie enthält das allgemeine Satzungsrecht.

(2) Änderungen der Grundordnung bedürfen der Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Konzils. Die Grundordnung besteht aus einer Präambel und 51 Paragraphen.

(3) In dieser Grundordnung werden aus der Lesbarkeit erleichternden Aspekten nur die männlichen bzw. geschlechtsneutralen Bezeichnungen für Personen und Ämter verwendet. Die Universität sieht die Schreibweise in einer weiblich/männlichen Doppelform nur als einen Gesichtspunkt der Gleichstellungsproblematik an. Es erscheint ihr vor allem wichtig, sich zur aktiven Frauenförderung zu bekennen und für diese einzutreten (vgl. §3 dieser Grundordnung).

§ 3 Aufgaben der Universität

(1) Die Universität vereinigt Lehre, Studium und Forschung im Dienste an Wissenschaft und Kunst und läßt sich in ihrer Tätigkeit von der Verantwortung für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung und Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen leiten. Insbesondere fördert sie die zivile Nutzung ihrer Forschungs- und Entwicklungsergebnisse in der Praxis.

(2) Die Universität bemüht sich um den Fortschritt wissenschaftlicher Erkenntnis, um deren Vermittlung in der wissenschaftlichen Ausbildung und Weiterbildung und ihre Anwendung im Geiste des Humanismus. Diese Aufgaben verpflichten Lehrende und Lernende im Geist der Partnerschaft zu gemeinsamer Arbeit. Diese Arbeit soll auf der Grundlage methodischen und schöpferischen Denkens die Fähigkeit entwickeln, eigene und fremde Standpunkte kritisch zu prüfen, sich der eigenen Verantwortung in Wissenschaft und Gesellschaft bewußt zu sein und danach zu handeln. Das Bewußtsein, diese Verantwortung wachzuhalten, ist eine wesentliche Aufgabe der Universität.

(3) Die Universität unterstützt die Aus- und Weiterbildung ihres Personals, bietet besondere Weiterbildungsangebote für Frauen sowie unterstützende Maßnahmen zum Wiedereinstieg in die berufliche Tätigkeit an der Universität von Frauen und Männern nach dem Erziehungsurlaub an und fördert vor allem den wissenschaftlichen Nachwuchs.

(4) Die Universität wirkt an der sozialen Förderung der Studierenden mit, sie berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse behinderter Studierender, leistet Studierenden mit Kind Hilfestellung, fördert die finanzielle und materielle Unterstützung der Kinderkrippe des Studentenwerkes und hilft ausländischen Studierenden bei der Integration.

(5) Die Universität fördert die sportlichen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder und Angehörigen.

(6) Die Universität wirkt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben daraufhin, daß Frauen und Männer ihrer Qualifikation entsprechend gleiche Entwicklungsmöglichkeiten haben. Sie stellt Programme zur Frauenförderung auf, erläßt Richtlinien zur Erhöhung des Anteils von Frauen am wissenschaftlichen Personal, entwickelt und setzt Konzepte durch, mit dem verstärkt SchülerInnen für das Studium an der Universität motiviert werden können und erarbeitet bei der Universitätsentwicklungsplanung konkrete Vorschläge, die die Gleichstellung von Frau und Mann fördern.

(7) In der Erfüllung ihrer Aufgaben in Studium, Lehre und Forschung ist die Universität frei.

§ 4 Zusammenarbeit

(1) Die Universität arbeitet bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit anderen Hochschulen sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen des In- und Auslandes zusammen.

(2) Im Rahmen und zur Förderung ihrer Aufgabenerfüllung unterhält die Universität Beziehungen zu gesellschaftlichen, kulturellen, sportlichen und politischen Institutionen und Organisationen sowie denen des Arbeits- und Wirtschaftslebens. Besonderer Bedeutung kommt hierbei der regionalen Strukturentwicklung ihres Umfeldes zu.

(3) Die Universität arbeitet mit den anderen Thüringer Universitäten und Hochschulen in der Hochschulkonferenz nach § 8 ThürHG mit.

§ 5 Mitglieder und Angehörige

(1) Mitglieder der Universität sind die an der Universität hauptberuflich tätigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes und die immatrikulierten Studierenden:

1. die Professoren und Hochschuldozenten (Gruppe der Professoren),
2. die Studierenden,
3. die akademischen Mitarbeiter (Oberassistenten, Oberingenieure, wissenschaftliche Assistenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, Lehrkräfte für besondere Aufgaben) und
4. die sonstigen Mitarbeiter (Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst einschließlich der volljährigen Auszubildenden).

Die Rechte und Pflichten von Mitgliedern der Universität haben auch Personen, die in der Universität mit Zustimmung des Rektors hauptberuflich tätig sind.

(2) Angehörige der Universität sind alle gastweise nebenberuflich oder ehrenamtlich an ihr Tätigen. Angehörige sind insbesondere

1. die Ehrensensatoren,
2. die Professoren im Ruhestand,
3. die Promovenden, Habilitanden, Honorarprofessoren, Privatdozenten und die außerplanmäßigen Professoren,
4. die Gastprofessoren, Gastwissenschaftler und Lehrbeauftragten,
5. die wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren und
6. die Gasthörer,

soweit sie nicht nach Abs. 1 Mitglieder der Universität sind.

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder und Angehörigen

(1) Die Mitglieder der Universität haben gemäß Thüringer Hochschulgesetz in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich darauf hinzuwirken, daß die Universität ihre Aufgaben erfüllen kann. Sie haben die Grundordnung der Universität zu wahren.

(2) Die Mitglieder haben das Recht und die Pflicht, Aufgaben in der Selbstverwaltung der Universität zu übernehmen. Sie können davon aus wichtigem Grunde befreit werden; ein solcher liegt insbesondere dann vor, wenn das Mitglied bereits in angemessenem Umfang in der Selbstverwaltung tätig war oder aus gesundheitlichen Gründen der Aufgabe nicht gewachsen wäre.

(3) Wer eine Tätigkeit in der Selbstverwaltung übernommen hat, muß die ihm übertragenen Geschäfte, unbeschadet seiner sonstigen aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sich ergebenden Pflichten, uneigennützig und verantwortungsbewußt führen. Die Träger von Ämtern in der Selbstverwaltung mit Leitungsfunktion sind im Falle ihres Rücktritts oder nach Ablauf ihrer Amtszeit verpflichtet, die Geschäfte bis zur Bestellung eines Nachfolgers weiterzuführen.

(4) Die Mitglieder dürfen wegen ihrer Tätigkeit in der Selbstverwaltung weder bevorzugt noch benachteiligt werden. Versäumen sie durch ihre Mitarbeit in den Gremien oder die Teilnahme an Wahlen Arbeitszeit, so braucht diese nicht nachgeholt zu werden.

§ 7 Studentenschaft

(1) Die Studierenden der Universität bilden die Studentenschaft. Die Studentenschaft ist eine rechtsfähige Teilkörperschaft der Universität und verwaltet ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen selbst. Die Studierenden einer Fakultät bilden die Fachschaft der Fakultät. Näheres hierzu regelt § 29.

(2) Die Studentenschaft regelt ihre innere Ordnung durch eine Satzung, eine Wahlordnung, eine Beitragsordnung und eine Finanzordnung.

(3) Die Organe der Studentenschaft auf Universitätsebene sind die Vollversammlung der Studentenschaft und der Universitätsstudentenrat (StuRa).

(4) Der StuRa ist die Interessenvertretung der Studentenschaft insbesondere gegenüber der Universitätsleitung. Er arbeitet mit den Fakultätsstudentenräten zusammen und ist insbesondere zuständig für die Wahrnehmung der hochschulpolitischen, kulturellen, sozialen und fachlichen Belange der Studierenden, unabhängig ihrer politischen und religiösen Haltung sowie ihrer nationalen Zugehörigkeit.

(5) Die Mitglieder des StuRa werden ebenso wie die studentischen Vertreter in den Kollegialorganen jährlich im Sommersemester gewählt. Die Wahl findet in der Regel nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl statt.

(6) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Studentenschaft von den Studierenden Beiträge, die von der Universität gebührenfrei bei der Rückmeldung der Studierenden eingezogen werden.

(7) Urabstimmungen können auf Universitäts- und Fakultäts-ebene durchgeführt werden und dienen insbesondere:

1. dem Ändern der Satzung, der Wahlordnung und der Beitragsordnung der Studentenschaft,
2. der Beschlußfassung zu grundsätzlichen Belangen der Studierenden,
3. der Absetzung des StuRa bzw. Fakultätsstudentenrates.

§ 8 Informationsverpflichtung der Universität

(1) Die Universitätsleitung unterrichtet die Öffentlichkeit über die Forschungstätigkeit der Universität und deren Finanzierung. Die Ergebnisse der Forschung sind grundsätzlich durch Veröffentlichung allgemein zugänglich zu machen. Bei der Veröffentlichung sind rechtlich geschützte Interessen zu berücksichtigen.

(2) Die Universitätsleitung erstellt jährlich einen umfassenden Forschungsbericht.

(3) Alle an Lehre und Forschung beteiligten Mitglieder und Angehörigen der Universität haben die gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse mitzubedenken. Werden ihnen Ergebnisse der Forschung, vor allem in ihrem Wissensschaftsgebiet bekannt, die bei Verwendung erhebliche Gefahr für die Gesundheit, das Leben oder das friedliche Zusammenleben der Menschen sowie die Umwelt herbeiführen können, haben sie den zuständigen Fakultätsrat oder ein zentrales Organ davon zu unterrichten.

Abschnitt II

Zentrale Organe

Universitätsleitung

§ 9 Aufgaben und Zusammensetzung

- (1) Die Universität kann durch
 ein Rektorat
 oder
 ein Präsidialkollegium
geleitet werden.

Das Konzil kann vor jeder Wahl der Universitätsleitung die Leitungsform ändern. Für eine Änderung bedarf es der Stimmen von zwei Dritteln seiner Mitglieder.

- (2) Wenn die Universität durch ein Rektorat geleitet wird, gehören diesem an:
 der Rektor
 2 Prorektoren
 der Kanzler

Wird die Universität durch ein Präsidialkollegium geleitet, dann gehören diesem an:
 der Präsident
 2 Vizepräsidenten
 der Kanzler

- (3) Die Bestimmungen dieser Grundordnung über den Rektor bzw. die Prorektoren finden - wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt - im weiteren auf den Präsidenten bzw. Vizepräsidenten sinngemäß Anwendung.

- (4) Das Leitungsgremium leitet die Universität, soweit nicht der Rektor allein zuständig ist. Es bereitet die Sitzungen des Senats und der Ständigen Senatsausschüsse vor und vollzieht die Beschlüsse.

- (5) Die Universitätsleitung ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich. Sie regelt die innere Organisation der Verwaltung und das Zusammenwirken zwischen dem Rektorat, den Fakultäten und dem Zentralbereich, insbesondere durch Erlass einer Arbeitsordnung. Sie trägt Sorge für einen wirtschaftlichen Einsatz des vorhandenen Personals und der zur Verfügung stehenden Sachmittel und Einrichtungen.

(6) Die Universitätsleitung kann von allen Gremien der Universität verlangen, daß sie über bestimmte Angelegenheiten im Rahmen ihrer Zuständigkeit beraten und entscheiden. Sie ist auf ihr Verlangen über jede Angelegenheit im Bereich der Universität unverzüglich zu unterrichten. Die Mitglieder der Universitätsleitung sind berechtigt, an den Sitzungen aller Gremien teilzunehmen.

(7) Die Universitätsleitung tritt regelmäßig zu Besprechungen zusammen. Auf Wunsch eines Mitgliedes der Universitätsleitung beruft der Rektor diesen Kreis auch außerhalb der Regelbesprechung ein.

(8) Die Universitätsleitung ist für alle Angelegenheiten zuständig, die keinem anderen Gremium durch Gesetz, Grundordnung oder Satzung zugewiesen sind. Ist eine Angelegenheit, für die eine andere Zuständigkeit begründet ist, unaufschiebbar zu erledigen und kann das zuständige Gremium trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht sofort tätig werden, kann die Universitätsleitung vorläufige Maßnahmen treffen. Die Mitglieder des zuständigen Gremium sind unverzüglich zu unterrichten.

(9) Die Universitätsleitung wahrt die Ordnung in der Universität und übt das Hausrecht aus. Das Nähere über das Verhältnis der Hausrechte mehrerer Hausrechtsinhaber zueinander regelt sie im Einvernehmen mit dem Senat.

(10) Die Universitätsleitung stellt die Vorsitzenden der Ständigen Senatsausschüsse. Sie ist dem Senat über Beschlüsse der Ständigen Senatsausschüsse berichtspflichtig.

(11) Die Universitätsleitung berichtet jährlich vor dem Konzil über die Erfüllung der Aufgaben der Universität.

(12) Die Universitätsleitung legt in angemessenen Zeiträumen einen neuen Universitätsentwicklungsplan zur Diskussion vor.

(13) Beim Freiwerden einer Stelle prüft die Universitätsleitung gemäß Universitätsentwicklungsplan, ob die Stelle weiterhin für das gleiche oder ein anderes Fachgebiet beansprucht werden soll. Über eine andere Verwendung der Stelle entscheidet der Ständige Senatsausschuß III auf Vorschlag der Universitätsleitung nach Anhörung der Fakultät, der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung oder technischen Betriebseinheit, denen die Stelle bisher zugeordnet war. (Die Stellenbesetzung regelt sich nach § 42.)

(14) Der Rektor wird von den Prorektoren vertreten. In Personal-, Rechts-, Hochschulplanungs- und Haushaltsangelegenheiten wird der Rektor vom Kanzler vertreten. Sind die Prorektoren verhindert, so tritt an ihre Stelle der dienstälteste Dekan, bei gleichem Dienstalder an Lebensjahren älteste Dekan. Im Falle der Abwesenheit des Kanzlers wird dieser durch den ranghöchsten anwesenden Beamten der Universitätsverwaltung vertreten.

(15) Im Falle des Ausscheidens des Rektors bzw. Prorektors aus seinem Amt wird bei einer verbleibenden Amtszeit von mehr als drei Monaten der Rektor bzw. werden der/die Prorektoren für die Restamtszeit neu gewählt. Bei einer Restamtsdauer von weniger als drei Monaten gilt die Vertretungsregelung nach Absatz 7. Diese Amtszeit der auf diese Weise neu gewählten Rektoren/Prorektoren wird nicht auf die nachfolgende Amtszeit angerechnet.

§ 10 Beanstandungsrecht der Universitätsleitung

(1) Die Universitätsleitung kann Beschlüsse aller Organe und Gremien, mit Ausnahme der des Konzils, beanstanden, für deren Ausführung durch das dafür zuständige Organ sie die Verantwortung nicht übernehmen kann. Wird ein Beschluß eines Ständigen Senats- ausschusses, des Senats oder eines anderen Gremiums mit Ent- scheidungsbefugnis beanstandet, haben diese erneut zu ent- scheiden. Wird der Beanstandung nicht abgeholfen, sollten alle Ständigen Senatsausschüsse gemeinsam mit dem Senat ab- schließend entscheiden. Wird ein Beschluß eines dezentralen Kollegialorgans (z.B. Fakultätsrat) beanstandet, hat dieses erneut zu entscheiden. Wird der Beanstandung nicht abgeholfen, entscheidet je nach Zuständigkeit ein Ständiger Senats- ausschuß oder der Senat.

(2) Hält die Universitätsleitung den Beschluß oder die Maßnahme eines Organs oder eines Gremiums mit Entscheidungsbefugnis für rechtswidrig, so hat sie ihn bzw. sie zu beanstanden und auf Abhilfe zu dringen.

(3) Die Beanstandungen nach Abs. 1 und 2 haben aufschiebende Wirkung. In dringenden Fällen kann die Universitätsleitung vorläufige Entscheidungen treffen.

§ 11 Rektor

(1) Der Rektor repräsentiert und vertritt die Universität. Er fördert gemeinsam mit den Gremien, den Fakultäten, den Mitgliedern und Angehörigen der Universität ihre Entwicklung.

(2) Der Rektor ist Dienstvorgesetzter des an der Universität tätigen wissenschaftlichen Personals und des Kanzlers.

(3) Der Rektor ist Vorsitzender des Senats.

(4) Die Amtszeit des Rektors beträgt 5 Jahre.

§ 12 Prorektoren

(1) Die Amtszeit der Prorektoren beträgt die Hälfte der Amtszeit des Rektors und endet grundsätzlich mit dessen Amtszeit.

(2) Die Prorektoren können während ihrer Amtszeit kein anderes Wahlamt in Organen der Universität einschließlich der Fakultäten übernehmen.

§ 13 Kanzler

(1) Dem Kanzler unterstehen alle Bereiche für technische und Verwaltungsangelegenheiten (Zentralbereich). Er ist Beauftragter für den Haushalt. Er ist Dienstvorgesetzter der Universitätsmitglieder nach § 5 Abs. 1 Nr. 4 und leitender Beamter der Universitätsverwaltung.

(2) Der Kanzler ist der ständige Vertreter des Rektors in Personal-, Rechts-, Universitätsplanungs- und Haushaltsangelegenheiten.

(3) Der Kanzler leitet den Ständigen Senatsausschuß III. Beschlüsse des Ständigen Senatsausschusses III hat er zu beanstanden, wenn er sie für rechtswidrig oder nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit nicht für vertretbar hält.

§ 14 Zentrale Einrichtungen

(1) Der Rektor kann zentrale wissenschaftliche Einrichtungen bzw. technische Betriebseinheiten einrichten, wenn zur Durchführung von universitätszentralen Aufgaben Personal- und Sachmittel in größerem Umfang erforderlich sind.

(2) Zentrale wissenschaftliche Einrichtungen und technische Betriebseinheiten werden wie Fachgebiete geleitet. In ihnen kann ein Mitarbeiterrat gebildet werden.

Konzip

§ 15 Zusammensetzung und Aufgaben des Konzils

(1) Das Konzil hat 61 Mitglieder. Nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl wählen unmittelbar und geheim die Professoren 31, die Studierenden 15, die akademischen Mitarbeiter 10 und die sonstigen Mitarbeiter 5 Mitglieder.

(2) Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder zwei Jahre.

(3) Zu den Aufgaben des Konzils gehören insbesondere:

1. Wahl des Rektors
2. Wahl der Prorektoren
3. Wahl der Mitglieder des Senats gemäß § 18
4. Wahl der Mitglieder des Schlichtungsausschusses (gem. § 50)
5. Erlaß und Änderung der Grundordnung
6. Erlaß und Änderung der Wahlordnung für Organe und Gremien der Universität
7. Behandlung von hochschulpolitischen Grundsatzfragen und Fragen der Hochschulreform
8. Empfehlungen über die strategische Orientierung der Universität
9. Entgegennahme und Beratung des Jahresberichtes der Universitätsleitung
10. Anhörung der Kanzlerbewerber und Abgabe einer Empfehlung an den Senat.

(4) Das Konzil tritt mindestens einmal im Semester zusammen. Der Vorstand kann das Konzil zu weiteren Sitzungen einberufen. Auf Antrag von mindestens einem Drittel seiner Mitglieder oder auf Antrag einer Mitgliedergruppe muß das Konzil vom Vorstand einberufen werden.

(5) Auf Antrag von mindestens 150 Mitgliedern der Universität muß das Konzil vom Vorstand einberufen werden.

(6) Sind Senatsmitglieder nicht Mitglieder des Konzils, haben sie das Recht, an den Sitzungen des Konzils mit beratender Stimme teilzunehmen; sie können Anträge stellen.

Das Konzil kann die Anwesenheit des Rektors, der Prorektoren, des Kanzlers, der Dekane und der Mitglieder des Universitätsstudentenrates verlangen.

(7) Die Einladung und die Tagesordnung sind spätestens zwei Wochen vor der Sitzung an die Mitglieder des Konzils zu versenden und innerhalb der Universität bekanntzumachen.

§ 16 Vorstand des Konzils

(1) Das Konzil wählt aus seinen Reihen den Vorstand, bestehend aus einem Vorsitzenden und drei Stellvertretern.

(2) Der Vorstand bereitet die Sitzungen des Konzils vor und leitet sie. Er hat das Recht, sich über die Verhandlungen im Senat und in den Senatsausschüssen durch die Universitätsleitung unterrichten zu lassen.

(3) Die Mitglieder des Vorstandes dürfen nicht Mitglieder des Senats oder der Senatsausschüsse sein.

Senat

§ 17 Aufgaben des Senats

(1) Der Senat ist maßgeblich für die Gestaltung des akademischen Lebens an der Universität verantwortlich. Er ist zuständig für übergreifende Fragen der Fakultäten, soweit nicht eine andere Zuständigkeit durch Gesetz oder Grundordnung bestimmt ist. Entscheidungen in hochschulpolitischen Grundsatzfragen und zur Hochschulreform haben in Übereinstimmung mit der vom Konzil empfohlenen strategischen Orientierung zu erfolgen.

(2) Der Senat beschließt insbesondere über:

1. die zu erlassenden Satzungen, soweit nichts anderes bestimmt ist,
2. den Vorschlag für die Wahl des Rektors und für die Ernennung des Kanzlers,
3. die Verleihung der Ehrensensatorwürde,
4. die Stellungnahme zu den Berufungsvorschlägen und zu den Bestellungs-vorschlägen zum Honorarprofessor und außerplanmäßigen Professor,
5. die Gliederung der Universität soweit nicht die Fakultäten zuständig sind,
6. die Einrichtung und Aufhebung von Studiengängen,
7. die Habilitationsordnung und Allgemeine Bestimmungen für die Studien-, Prüfungs- und Promotionsordnungen,
8. die Stellungnahme zu Studien-, Prüfungs- und Promotionsordnungen der Fakultäten,
9. grundsätzliche und über eine Fakultät hinausgehende Angelegenheiten von Forschung und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
10. Forschungsschwerpunkte, fakultätsübergreifende Arbeitsgruppen und Sonderforschungsbereiche,
11. Konzepte zur Frauenförderung.

(3) Der Senat wählt die Gleichstellungsbeauftragte und deren Stellvertreterin auf Vorschlag des Gleichstellungsrates.

(4) Der Senat wählt gemäß § 79 Abschn. 3 des ThürHG Beauftragte für Umwelt, Datensicherheit, Ausländer und Homosexuelle, sobald sie von einem zugehörigen Beirat gefordert werden.

(5) Der Senat bestätigt den von der Universitätsleitung zu erstellenden Forschungsbericht (§ 8, Abs. 2).

§ 18 Zusammensetzung des Senats

(1) Dem Senat gehören an:

1. der Rektor,
2. 6 Professoren bzw. 7 Professoren, wenn der Vorsitzende des Senats nicht zur Gruppe der Professoren gehört
3. 3 Studierende,
4. 2 akademische Mitarbeiter,
5. 1 sonstiger Mitarbeiter.

Mit beratender Stimme gehören dem Senat weiterhin an:

6. die Dekane
7. die Prorektoren
8. der Kanzler
9. die Gleichstellungsbeauftragte
10. 2 Studierende
11. 1 akademischer Mitarbeiter
12. 1 sonstiger Mitarbeiter

Sie können Anträge stellen.

(2) Der designierte Rektor und die designierten Prorektoren nehmen an den Sitzungen des Senats beratend teil.

(3) Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt ein Jahr, die der übrigen Wahlmitglieder zwei Jahre.

(4) Die Mitgliedergruppen im Konzil wählen aus ihren Reihen die Vertreter ihrer Gruppe nach Abs. 1 Nr. 2 bis 5 und 10 bis 12.

(5) Der vorsitzende Rektor wird im Fall der Verhinderung durch den jeweils dienstältesten Professor des Senats vertreten.

Ständige Senatsausschüsse

§ 19 Aufgaben der Ständigen Senatsausschüsse

(1) Die Ständigen Senatsausschüsse bereiten grundsätzlich Senatsentscheidungen vor. Der Senat sollte den Ständigen Senatsausschüssen in den ihnen zugewiesenen Bereichen Entscheidungskompetenz übertragen. Die Senatsausschüsse tagen in universitätsöffentlichen Sitzungen. Entscheidungen in hochschulpolitischen Grundsatzfragen und zur Hochschulreform haben in Übereinstimmung mit der vom Konzil empfohlenen strategischen Orientierung der Universität zu erfolgen. Besonders wichtige Entscheidungen sind in zwei Lesungen zu treffen.

(2) Es werden eingerichtet:

1. Ständiger Senatsausschuß I - für Studium und Lehre - mit der Zuständigkeit u. a. zu folgenden Problemen:

- Koordinierung von Lehr- und Studienangelegenheiten
z. B. Prüfungsordnung, Studienordnung, Studienablauf der Fakultäten sowie Stellungnahme gegenüber dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst zur Bildung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen,
- Zulassung zum Studium,
- Festlegung von Richtzahlen von aufzunehmenden Bewerbern in den einzelnen Studiengängen im Einvernehmen mit dem Ständigen Senatsausschuß III,
- Studienreform und Entwicklung der Universitätsdidaktik, Zustimmung zu besonderen Studien- und Prüfungsordnungen, die der Erprobung von Studienreformmodellen dienen,
- Angelegenheiten der Studienberatung,
- Fernstudium, Aufbau- und Ergänzungsstudium und Weiterbildung,
- Förderung der Studierenden.

2. Ständiger Senatsausschuß II für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs sowie der Universitätsorganisation mit der Zuständigkeit:

- Universitätsentwicklungsplan (Errichtung, Änderung und Aufhebung von Fakultäten, Fachgebieten, Studiengängen, zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen, zentralen technischen Betriebseinheiten und gemeinsamen Kommissionen)

- Erlaß allgemeiner Bestimmungen für die Organisation, Verwaltung und Benutzung zentraler wissenschaftlicher Einrichtungen und technischer Betriebseinheiten,
- Allgemeine Bestimmungen ergänzenden, Organisations-, Verwaltungs- und Benutzungsordnungen für die zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen und technischen Betriebseinheiten,
- Wechsel der Fakultätszugehörigkeit von Professoren,
- Koordinierung der Forschungsprogramme der Fakultäten und zentraler Wissenschaftlicher Einrichtungen,
- Einrichtung von Sonderforschungsbereichen im Einvernehmen mit dem Ständigen Senatsausschuß III,
- Forschungsberichtswesen,
- Bildung, Änderung und Aufhebung von interfakultativen Kommissionen nach § 31.

3. Ständiger Senatsausschuß III für Haushaltsangelegenheiten mit der Zuständigkeit der Beschlußfassung u. a. zu folgenden Problemen:

- Universitätsentwicklungsplan und die Anmeldung zum Haushaltsplan des Landes,
- Verteilung der Personal- und Sachmittel auf die Fakultäten und Einrichtungen des Zentralbereiches sowie ihre Zweckbindung,
- Körperschaftshaushalt,

4. Ständiger Senatsausschuß IV für Bibliotheksfragen mit der Zuständigkeit u. a. zu folgenden Problemen:

- Vorbereitung der Beschlüsse zu Angelegenheiten der Universitätsbibliothek,
- Einrichtung, Zusammenlegung und Auflösung von Teilbibliotheken
- Grundsätze der Bestandsergänzungen und die Schwerpunkte zukünftiger Anschaffungen.

(3) Der Senat kann weitere Ausschüsse einsetzen und diesen Zuständigkeiten für übergreifende Fragen der Fakultäten übertragen.

§ 20 Zusammensetzung der Ständigen Senatsausschüsse

(1) Die Universitätsleitung stellt die Vorsitzenden der Ständigen Senatsausschüsse. Ist der Vorsitzende der Senatsausschüsse I, II und IV kein Professor erhöht sich die Zahl der dem Ausschuß angehörenden Professoren um eins.

(2) Den Ständigen Senatsausschüssen gehören folgende weitere Mitglieder an:

1. dem Ständigen Senatsausschuß I
 - 5 Vertreter der Professoren
 - 3 Vertreter der Studierenden
 - 1 Vertreter der akademischer Mitarbeiter

Mit beratender Stimme gehören dem Ständigen Senatsausschuß I weiterhin an:

- 2 Vertreter der Studierenden.
- 1 Vertreter der akademischen Mitarbeiter
- 1 Vertreter der sonstigen Mitarbeiter

2. dem Ständigen Senatsausschuß II
 - 5 Vertreter der Professoren
 - 1 Vertreter der Studierenden
 - 3 Vertreter der akademischen Mitarbeiter

Mit beratender Stimme gehören dem Ständigen Senatsausschuß II weiterhin an:

- 1 Vertreter der Studierenden
- 2 Vertreter der akademischen Mitarbeiter
- 1 Vertreter der sonstigen Mitarbeiter

3. Dem Ständigen Senatsausschuß III
 - 7 Vertreter der Professoren
 - 1 Vertreter der Studierenden
 - 2 Vertreter der akademischen Mitarbeiter
 - 2 Vertreter der sonstigen Mitarbeiter.

Mit beratender Stimme gehören dem Ständigen Senatsausschuß III weiterhin an:

- 1 Vertreter der Studierenden
- 2 Vertreter der akademischen Mitarbeiter
- 2 Vertreter der sonstigen Mitarbeiter

4. Dem Ständigen Senatsausschuß IV für Bibliotheksfragen:
 - 5 Vertreter der Professoren
 - 1 Vertreter der Studierenden
 - 2 Vertreter der akademischen Mitarbeiter, davon ein Vertreter des Bibliotheksdienstes
 - 1 Vertreter der sonstigen Mitarbeiter des Bibliotheksdienstes

Mit beratender Stimme gehören dem Ständigen Senatsausschuß IV weiterhin an:

- der Leiter der Universitätsbibliothek
- 2 Vertreter der Studierenden
- 1 Vertreter der akademischen Mitarbeiter
- 1 Vertreter der sonstigen Mitarbeiter

(3) Die Mitglieder der Ständigen Senatsausschüsse werden jeweils von den Vertretern ihrer Gruppe im Senat entsandt. Dazu werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem einheitlichen Verfahren der gleichzeitigen Bildung der Ausschüsse I, II, III und IV im Konzil Besetzungslisten erstellt. Die Mitglieder einer Kandidatenliste üben jeweils in der Reihenfolge der auf die Liste gemäß dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren entfallenden Sitze das Recht des Zugriffs auf einen von Vertretern der Gruppe zu besetzenden freien Sitz in einer der Ständigen Ausschüsse aus; die Anzahl der auf die Listen entfallenden Sitze wird auf der Grundlage der von ihnen im Konzil innegehabten Mandate berechnet. Die Mitglieder der Ausschüsse müssen nicht Mitglieder des Konzils sein.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder beträgt entsprechend der Legislaturperiode des Konzils zwei Jahre, die der Studierenden ein Jahr.

(5) Im Verhinderungsfalle der stimmberechtigten Mitglieder in der Gruppe nehmen die jeweiligen Mitglieder mit beratender Stimme deren Stimmrecht wahr.

§ 21 Gleichstellungsbeauftragte

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt auf die Herstellung der verfassungsrechtlich garantierten Chancengleichheit von Frau und Mann an der Universität hin und nimmt Aufgaben wahr, die sich aus § 4 Abs. 3 ThürHG ergeben. Sie macht Vorschläge und nimmt Stellung gegenüber den zuständigen Stellen der Universität in allen Angelegenheiten, die die Belange der Frauen in der Universität berühren. An der Beratung solcher Angelegenheiten in den Gremien der Universität kann sie mit Antrags- und Rederecht teilnehmen. Sie berichtet dem Senat regelmäßig über ihre Tätigkeit.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte hat zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben das Recht auf notwendige und sachdienliche Information. Sie kann mit Zustimmung der Betroffenen die Personalunterlagen einsehen. Die Universität stellt die erforderlichen statistischen Angaben zur Verfügung.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte ist berechtigt und verpflichtet, die allgemeine und die Universitätsöffentlichkeit über ihre Arbeit zu informieren. Hierbei wird sie durch die Universitätsleitung unterstützt. Sie ist berechtigt, gegenüber dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst ihre Stellungnahme und Vorschläge zu vertreten.

(4) Die Gremien der Universität, die Fakultäten, die wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen unterrichten die Gleichstellungsbeauftragte in allen wichtigen Angelegenheiten und beteiligen sie dort, wo die Belange der Gleichstellung berührt werden. Die Gleichstellungsbeauftragte ist von Amts wegen durch die Vorsitzenden der Universitätsgremien rechtzeitig zu allen wichtigen Sitzungen einzuladen und über deren Tagesordnung zu informieren.

(5) Vor allen Entscheidungen über Angelegenheiten, die die Belange der Gleichstellung an der Universität unmittelbar berühren, ist der Gleichstellungsbeauftragten eine angemessene Frist zur Abgabe eines Vorschlages oder einer Stellungnahme einzuräumen. Andernfalls ist die Entscheidung auf Verlangen der Gleichstellungsbeauftragten bis zur nächsten ordentlichen Sitzung des beschließenden Gremiums aufzuschieben.

(6) Die Gleichstellungsbeauftragte und ihre Stellvertreterin werden vom Senat auf Vorschlag des Gleichstellungsrates aus der Gruppe der Professorinnen oder der akademischen Mitarbeiterinnen gewählt. Die Amtszeit der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertreterin beträgt zwei Jahre.

(7) Die Gleichstellungsbeauftragte ist zur Ausübung ihres Amtes und zur Wiedereinarbeitung in ihr Fach nach Beendigung der Amtszeit von ihren sonstigen Dienstaufgaben angemessen zu entlasten.

§ 22 Gleichstellungsrat

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte wird nach § 81 Absatz 2 ThürHG vom Gleichstellungsrat unterstützt, der insbesondere für die Erstellung und Durchsetzung eines Programms zur Frauenförderung sowie von Richtlinien zur Erhöhung des Anteils von Wissenschaftlerinnen an der Universität zuständig ist.

(2) Die Zusammensetzung und Wahl des Gleichstellungsrates regelt sich nach einer vom Konzil zu beschließenden Richtlinie.

Kuratorium

§ 23 Aufgaben und Zusammensetzung des Kuratoriums

(1) Das Kuratorium hat die Aufgabe, die Universität durch geeignete Maßnahmen in ihrer weiteren Entwicklung zu unterstützen und ihre regionale Einbindung zu fördern.

(2) Im Rahmen des Absatzes 1 hat das Kuratorium insbesondere folgende Aufgaben:

1. Stellungnahme zu den Berichten der Universitätsleitung über die Struktur- und Entwicklungsplanung und anderer Angelegenheiten, die die weitere Entwicklung der Universität und ihrer Einbindung in die Region betreffen.

2. Abgabe von Empfehlungen und Stellungnahmen aus der Sicht der Öffentlichkeit zu Angelegenheiten, die für die Universität von grundsätzlicher Bedeutung sind.

(3) Zu den Empfehlungen des Kuratoriums nimmt die Universitätsleitung in angemessener Frist Stellung.

(4) Mitglieder des Kuratoriums sind

1. ein von der Stadtverordnetenversammlung Ilmenau zu benennender Vertreter

2. mindestens sechs, höchstens zehn unabhängige Persönlichkeiten, die geeignet sind, die Universität zu fördern, und die nicht Mitglieder oder Angehörige der Universität sein dürfen; sie werden von der Universitätsleitung vorgeschlagen und vom Senat gewählt,

3. die Mitglieder der Universitätsleitung mit beratender Stimme,

4. drei aus der Mitte des Senats gewählte Mitglieder mit beratender Stimme.

(5) Die zu wählenden Mitglieder nach Abs. 4 Pkt. 2 werden für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt.

(6) Ein Vertreter des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft und Kunst ist zu den Sitzungen einzuladen.

(7) Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Abschnitt III

Die Fakultäten

§ 24 Organisation und Aufgaben der Fakultät

(1) Die Fakultät ist die organisatorische Grundeinheit der Universität mit kollegialem Beschlußorgan. Die Fakultät soll verwandte oder benachbarte Fachgebiete umfassen. Die kleinste Einheit für Lehre und Forschung ist das Fachgebiet. Es kann von der Fakultät beauftragt werden, Fächer in der Lehre wahrzunehmen. Fachgebiete werden von Professoren (oder Vertretungsprofessoren nach § 49, Abs. 6 ThürHG) geleitet. Die Fachgebiete sind unabhängig von der Stellung der Professoren gleichberechtigt.

(2) Die Organe der Fakultät sind der Dekan als Sprecher und der Fakultätsrat.

(3) Der Fakultätsrat kann die Bildung oder Einrichtung, Veränderung oder Auflösung von Instituten (§ 32), Fachabteilungen (§ 33), Arbeitsgruppen und technischen Betriebseinheiten (§ 34) sowie Arbeitsgruppen beschließen.

Arbeitsgruppen sind Zusammenschlüsse von Mitgliedern und Angehörigen einer oder mehrerer Fakultäten zur Durchführung zeitlich befristeter und sachlich begrenzter und bestimmter einzelner Vorhaben der Forschung und Lehre.

(4) Die Fakultäten fördern die Koordinierung der Forschungsprogramme der wissenschaftlichen Einrichtungen (Institute, Fachabteilungen, Fachgebiete) und der Arbeitsgruppen.

(5) Die Fakultäten üben das Vorschlagsrecht zur Ergänzung des Lehrkörpers aus. Sie bilden dazu eine Berufungskommission. Das nähere regelt eine Berufsordnung.

(6) Die Fakultät sorgt dafür, daß ihre Mitglieder die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen können und durch die Organisation der Lehre ein Studium innerhalb der Regelstudienzeit ermöglicht wird. Sie gewährleistet die fachliche Studienberatung und achtet auf die Vollständigkeit des Lehrangebots. Sie überträgt ihren Mitgliedern, die mit Lehraufgaben betraut sind, die nach den Studien- und Prüfungsordnungen vorgesehenen Lehrveranstaltungen.

(7) Die Fakultät ist darüber hinaus insbesondere dafür zuständig,

1. die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen vorzuschlagen,

2. den wissenschaftlichen Nachwuchs heranzubilden, Forschungsvorhaben abzustimmen und Forschungsschwerpunkte zu bilden,
3. die der Fakultät zugewiesenen Personal- und Sachmittel an die Institute oder Fachgebiete zu verteilen.
4. den Habilitanden Lehrbefugnisse zu erteilen, Gastprofessoren und Lehrbeauftragte vorzuschlagen,
5. die Studien-, Prüfungs- und Promotionsordnung zu beschließen. Zur Organisation und Abnahme von Prüfungen sind Prüfungssämer oder besondere Ausschüsse einzurichten. Sie können auch von mehreren Fakultäten gemeinsam eingerichtet werden.

§ 25 Mitglieder der Fakultät

Mitglied der Fakultät ist, wer in einem Studiengang der Fakultät immatrikuliert ist und wer hauptamtlich in der Fakultät tätig ist.

§ 26 Dekan

(1) Der Dekan ist Vorsitzender des Fakultätsrates, er vertritt die Fakultät, bereitet die Sitzungen des Fakultätsrates vor und vollzieht dessen Beschlüsse.

(2) Der Dekan und der Prodekan werden vom Fakultätsrat aus dem Kreis der ihm angehörenden Professoren für zwei Jahre gewählt.

(3) Im Falle des Ausscheidens des Dekans/Prodekans aus dem Amt vor Ablauf der Amtszeit wird bei einer verbleibenden Zeit von mehr als drei Monaten aus dem Gremium neu gewählt. Bei weniger als drei Monaten tritt die Vertretungsregelung nach Absatz (7) in Kraft. Die Amtszeit der auf diese Weise Neugewählten wird nicht auf die Wiederwahl angerechnet.

(4) Der Dekan erledigt die Geschäfte der Fakultät in eigener Zuständigkeit. Ist eine Angelegenheit, die in Zuständigkeit der Fakultät fällt, unaufschiebbar zu erledigen, kann der Dekan vorläufige Entscheidungen treffen. Der Fakultätsrat ist unverzüglich zu unterrichten. Dieser kann die getroffene Entscheidung aufheben, sofern Rechte Dritter nicht berührt sind.

(5) Der Dekan wirkt unbeschadet der Aufgaben der Universitätsleitung darauf hin, daß die Professoren und die sonstigen zur Lehre verpflichteten Personen ihre Lehr- und Prüfungsverpflichtungen ordnungsgemäß erfüllen. Er führt die Dienstaufsicht über die Universitätseinrichtungen, die der Fakultät zugeordnet sind, und die in der Fakultät tätigen wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeiter. Er sorgt für die Bildung und die Konstituierung der Fakultätskommissionen.

(6) Der Dekan sollte jährlich eine Versammlung der Fakultät einberufen, in welcher Gelegenheit zu Information und Aussprache über Fakultäts- und Universitätsangelegenheiten besteht.

(7) Im Falle der Verhinderung des Dekans, vertritt ihn der Prodekan. Falls dieser verhindert ist, wird der Dekan durch den dienstältesten Fachgebietsleiter des Fakultätsrates vertreten.

§ 27 Fakultätsrat

(1) Der Fakultätsrat ist zuständig in allen Forschung und Lehre betreffenden Angelegenheiten der Fakultät, insbesondere werden Angelegenheiten nach § 24 (3) und (7) stets auf der Basis von Fakultätsratsbeschlüssen entschieden.

(2) Dem Fakultätsrat gehören an:

- 7 Professoren
- 3 Studierende
- 2 akad. Mitarbeiter
- 1 sonst. Mitarbeiter

Mit beratender Stimme gehören dem Fakultätsrat durch Wahl weiterhin an:

- 1 Studierender
- 2 akad. Mitarbeiter
- 2 sonst. Mitarbeiter

Dem Fakultätsrat der Fakultät Elektrotechnik und Informationstechnik gehören die doppelte Anzahl von Mitgliedern in den jeweiligen Gruppen an. Die Anzahl der Mitglieder mit beratender Stimme ist davon nicht betroffen.

(3) Die Vertreterinnen/Vertreter der Fakultät im Gleichstellungsrat haben Rede- und Antragsrecht in den Sitzungen ihres Fakultätsrates, wenn es um Probleme der Gleichstellung geht.

(4) Die Amtszeit der Studierenden beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder zwei Jahre.

(5) Mitgliedern der Fakultät, die dem Fakultätsrat nicht angehören, ist auf ihren Wunsch Gelegenheit zu geben, sich vor dem Fakultätsrat in eigener Sache zu äußern.

§ 28 Fakultätsmitarbeiterrat

(1) Die in den Fakultätsrat gewählten akademischen und sonstigen Mitarbeiter bilden einen Mitarbeiterrat und benennen für ein Jahr einen Sprecher und stellvertretenden Sprecher.

(2) Der Mitarbeiterrat erörtert tätigkeitsbedingte soziale und rechtliche Belange der Mitarbeiter der Fakultät, vertritt diese gegenüber der Fakultät und kann den zuständigen Stellen Empfehlungen geben. Er unterstützt die Fakultät in Fragen der Qualifizierung, Beförderung und Berufung.

(3) Der Mitarbeiterrat kann zu Beratungen weitere Mitarbeiter hinzuziehen.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder des Mitarbeiterrates endet mit der Wahlperiode des Fakultätsrates.

§ 29 Fachschaft

(1) Die Studierenden einer Fakultät bilden die Fachschaft der Fakultät.

(2) Die innere Ordnung der Fachschaft regelt sich nach der Satzung und den entsprechenden Ordnungen der Studentenschaft.

(3) Die Organe der Fachschaft sind die Fachschaftsvollversammlung und der Fakultätsstudentenrat.

(4) Die Mitglieder des Fakultätsstudentenrates werden ebenso wie die studentischen Vertreter im Fakultätsrat jährlich im Sommersemester gewählt.

§ 30 Fakultätskommissionen, Fakultätsbeauftragte

(1) Die Fakultät setzt eine Kommission für Lehre und Studium ein, die den Fakultätsrat berät und den Studienablauf überprüft und die Studienfachberatung organisiert. Sie besteht aus fünf Professoren, drei Studierenden und ein akad. Mitarbeiter. Ihre Mitglieder werden von den Mitgliedergruppen des Fakultätsrates benannt; sie müssen nicht Mitglieder des Fakultätsrates sein.

(2) Der Fakultätsrat soll einen Beauftragten für den wissenschaftlichen Nachwuchs bestellen. Dieser berät den wissenschaftlichen Nachwuchs und erstattet dem Fakultätsrat jährlich Bericht. An seiner Stelle kann der Fakultätsrat eine beratende Kommission einrichten.

(3) Die Fakultät kann weitere beratende Kommissionen einsetzen. Bei deren Zusammensetzung sind die einzelnen Gruppen angemessen zu beteiligen.

§ 31 Interfakultative Kommissionen

(1) Für Aufgaben, die eine Zusammenarbeit mehrerer Fakultäten erfordern, können die betreffenden Fakultäten oder der Senat gemeinsame Kommissionen bilden.

(2) Über den Vorsitz verständigen sich die Dekane, die Zusammensetzung entspricht der eines Fakultätsrates.

Abschnitt IV

Wissenschaftliche Einrichtungen/Betriebseinheiten

§ 32 Institute

(1) Die Fakultäten können zur Schwerpunktbildung und fachübergreifenden Zusammenarbeit in Forschung und Lehre aus mehreren Fachgebieten bzw. Fachabteilungen Institute einrichten. Institute können auch als gemeinsame wissenschaftliche Einrichtungen mehrerer Fakultäten vom Rektor mit Zustimmung des Senates eingerichtet werden.

(2) Gehören einem Institut mindestens drei Professoren an, wird ein Institutsrat gebildet, dem alle Professoren sowie ein Vertreter der wiss. Mitarbeiter, der wiss. Hilfskräfte und Doktoranden angehören. Die Professoren verfügen über die Mehrheit der Sitze und Stimmen. Organisiert das Institut eine Studienrichtung, so gehört auch ein Studierender dem Institutsrat an. Der Institutsrat regelt die Nutzung der Einrichtung durch die Mitglieder und Angehörigen der Universität und nimmt zu Personalangelegenheiten des Instituts Stellung.

(3) Gehören einem Institut mindestens vier Professoren an, kann die Fakultät Entscheidungen zur Organisation der Lehre bei der Durchführung eines Studienganges übertragen.

(4) Der Direktor leitet und verwaltet das Institut. Er führt den Vorsitz im Institutsrat. Er wird von der Fakultät auf Vorschlag des Institutsrates oder, wenn kein Institutsrat existiert, von der Institutsversammlung für die Dauer von zwei bis vier Jahren bestellt und vom Rektor bestätigt. Als Direktor kann nur ein dem Institut angehörender Professor bestellt werden.

(5) Gibt es keinen Institutsrat, wählt die Institutsversammlung einen Sprecher, den der Direktor an seinen Entscheidungen beteiligt.

(6) Im Institut werden die Forschungsplanung, die Lehre und ihre Organisation und andere wichtige Angelegenheiten erörtert und die Durchführung von Forschungsprojekten abgestimmt.

(7) Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung werden in der mindestens einmal im Jahr einzuberufenden Institutsversammlung erörtert.

§ 33 Fachabteilungen

(1) Fachabteilungen sind der freiwillige Zusammenschluß von mindestens zwei Fachgebieten. Sie werden abwechselnd von einem der Fachabteilung angehörenden Professor geleitet. Die Fachabteilungen und deren Leiter müssen vom Fakultätsrat für mindestens ein Jahr bestätigt werden.

(2) Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung erörtert der Fachabteilungsleiter mit der mindestens einmal im Semester einzuberufenden Fachabteilungsversammlung. Die Versammlung wählt einen Sprecher, den die Professoren an den Entscheidungen der Fachabteilung beteiligen.

§ 34 Technische Betriebseinheiten

(1) Zur Erfüllung der Aufgaben in Lehre und Forschung können in den Fakultäten technische Betriebseinheiten wie Labors, Werkstätten und Konstruktionsbüros gebildet werden, die technische oder andere Dienstleistungen für das in Forschung und Lehre tätige wissenschaftliche Personal auf Dauer erbringen.

(2) Der Leiter einer technischen Betriebseinheit wird vom Dekan eingesetzt.

§ 35 Bibliothekswesen

(1) Die Universitätsbibliothek besteht aus der Zentralbibliothek und den Teilbibliotheken. Das Nähere über die Erfüllung der Aufgaben und ihre Verteilung zwischen der Zentralbibliothek und Teilbibliotheken regelt eine Bibliotheksordnung, die von der Universitätsleitung mit Zustimmung des Senats erlassen wird. Der Universitätsbibliothek können weitere bibliothekarische Aufgaben durch Senatsbeschluß übertragen werden, die nur mittelbar mit ihren Aufgaben zusammenhängen.

(2) Die Universitätsbibliothek wird von einem hauptberuflichen Bibliothekar mit einer seinen Aufgaben entsprechenden Ausbildung geleitet. Er ist Vorgesetzter der Mitarbeiter der Universitätsbibliothek und hat die fachliche Aufsicht über alle bibliothekarischen Einrichtungen. Er berät die Gremien in allen das Bibliothekswesen betreffenden Fragen. Er wird vom Ministerium im Einvernehmen mit der Universitätsleitung und dem Senat bestellt.

Abschnitt V

Berufungen und Stellenbesetzungen

§ 36 Wahl und Zusammensetzung der Berufungskommission

(1) Der Fakultätsrat der Fakultät, in der die Stelle zu besetzen ist, wählt die Mitglieder der Berufungskommission. Ihr gehören an

- 5 Professoren
- 1 Studienrender
- 2 akademische Mitarbeiter

Trägt die zu besetzende Professur zum Lehrangebot mehrerer Fakultäten bei, dann setzt sich die Berufungskommission zusammen aus

- 7 Professoren
- 2 Studierenden
- 3 akademischen Mitarbeitern,

wobei mindestens zwei Professoren aus den Fakultäten sein sollten, für die Dienstleistungen erbracht werden.

Die Bewerber dürfen nicht, der alte Stelleninhaber soll nicht Mitglied der Berufungskommission sein.

Bei neueingerichteten oder unterbesetzten Fakultäten regelt sich die Besetzung der Berufungskommission nach § 122 ThürHG.

(2) Die Mitglieder der Berufungskommission werden von den jeweiligen Gruppen im Fakultätsrat vorgeschlagen. Über die Mitglieder der Berufungskommission stimmt der Fakultätsrat im ganzen ab.

(3) Jeder Berufungskommission gehört grundsätzlich mindestens eine Wissenschaftlerin, nach Möglichkeit eine Professorin, an. In Fächern, in denen keine Wissenschaftlerin vertreten sind, können Wirtschaftlerinnen aus benachbarten Fächern der Universität oder Professorinnen gleicher oder benachbarter Fächer von anderen Hochschulen in die Berufungskommission gewählt werden. Ist dies nicht möglich, wird die Gleichstellungsbeauftragte oder eine ihrer Vertreterinnen mit beratender Stimme beteiligt.

(4) Der Dekan der Fakultät hat die Bildung der Kommission dem Senat anzuzeigen. Der Senat kann aus seiner Mitte einen Senatsberichterstatte der Berufungskommission mit beratender Stimme zuordnen.

§ 37 Aufgaben der Berufungskommission

(1) Die Berufungskommission hat die Aufgaben

- a) einen Ausschreibungstext zu entwerfen, der Art und Umfang der zu erfüllenden Aufgaben, fachlicher und didaktische Qualifikationsmerkmale und den Umfang der Lehrverpflichtungen enthalten muß,
- b) die eingegangenen Bewerbungen zu sichten und eine Vorauswahl zu treffen,
- c) Anhörungen und Lehrveranstaltungen zur Vorstellung der Bewerber und Bewerberinnen zu planen und durchführen,
- d) die für den Berufungsvorschlag erforderlichen Gutachten einholen,
- e) die Berufsungsliste zu erstellen und den Berufungsvorschlag zu begründen.

(2) Über den Ablauf ihrer Sitzungen sind Protokolle zu erstellen, die die wesentlichen Beratungsergebnisse enthalten. Dem Protokoll müssen alle Abstimmungsergebnisse, insbesondere das Abstimmungsergebnis über die gesamte Liste, zu entnehmen sein.

§ 38 Aufgaben des Fakultätsrates bei Berufungen

(1) Der Fakultätsrat beschließt über den von der Berufungskommission erarbeiteten Ausschreibungstext, über die vorgeschlagene Berufungsliste und über die Begründung des Berufungsvorschlages.

(2) Professoren der Fakultät, die nicht dem Fakultätsrat angehören, können bei Entscheidungen über Vorschläge für die Berufung von Professoren dem Dekan innerhalb der Bewerbungsfrist für die zu besetzende Professur mitteilen, daß sie ihr Stimmrecht ausüben wollen. In diesem Fall sind sie vollwertige Mitglieder des Fakultätsrates.

(3) Weicht der Berufungsvorschlag des Fakultätsrates von dem Vorschlag der Berufungskommission ab, so sind dem Senat zur Stellungnahme beide Vorschläge mit den jeweiligen Begründungen und den jeweiligen Abstimmungsergebnissen vorzulegen.

(4) Jedes Mitglied des Fakultätsrates und jede geschlossen überstimmte Gruppe im Fakultätsrat haben das Recht, dem Berufungsvorschlag ein Sondervotum beizufügen. Auf Antrag aller Vertreter einer Gruppe kann nach § 44 Abs. 1 ThürHG der Vollzug des Beschlusses um drei Wochen einmalig ausgesetzt werden.

§ 39 Ausschreibung

(1) Nachdem die Entscheidung zur Besetzung der Stelle vorliegt und der Ausschreibungstext verabschiedet wurde, veröffentlicht die Leitung der Universität den Ausschreibungstext. Der Bewerbungszeitraum wird in der Ausschreibung festgelegt; er sollte mindestens vier Wochen betragen und zwei Monate nicht überschreiten.

(2) Die Ausschreibungen werden mit den Zusätzen versehen: "Die Technische Universität Ilmenau fordert Frauen nachdrücklich zur Bewerbung auf. Sie werden bei gleichwertiger Qualifikation und Eignung bevorzugt berücksichtigt. Schwerbehinderte haben bei gleichwertiger Qualifikation und Eignung, Vorrang bei der Einstellung."

§ 40 Bewerbungen

(1) Alle Bewerbungsunterlagen werden durch das Dekanat der Berufungskommission übergeben, nachdem der Eingang den Bewerbern bestätigt wurde.

(2) Auf Empfehlung der Berufungskommission kann der Fakultätsrat in begründeten Fällen eine Verlängerung der Bewerbungsfrist beschließen.

(3) Notwendige Bestandteile der Bewerbungsunterlagen sind

- a) die Bewerbung,
- b) tabellarischer Lebenslauf
- c) einschlägige Zeugnisse (ggf. Promotions-, Habilitationsurkunde),
- d) ein Verzeichnis der wissenschaftlichen Schriften bzw. Veröffentlichungen sowie der sonstigen Leistungen auf dem Fachgebiet,
- e) ggf. Belege, die Erfahrungen in der Lehre oder Ausbildung nachweisen.

§ 41 Berufungsvorschlag

(1) Die Berufungskommission trifft eine Vorauswahl und führt das Stellungsverfahren durch.

(2) Grundsätzlich soll allen Bewerberinnen, die die formalen Voraussetzungen (§ 48 ThürHG) für die zu besetzende Stelle erfüllen, Gelegenheit zu einem Probenvortrag bzw. zu einem Vorstellungsgespräch gegeben werden. Sollten sich mehr Frauen als Männer bewerben, sind mindestens so viel Frauen wie Männer in die engere Wahl einzubeziehen.

(3) Bei der Auswertung der eingehenden Bewerbungen sollte der jeweilige Lebensweg berücksichtigt werden, insbesondere soll bei Frauen ein durch Geburt und Erziehung von Kindern im Vergleich zu anderen Bewerbern höheres Lebensalter nicht zu ihren Ungunsten gewertet werden.

(4) Für die durch die Berufungskommission in die engere Wahl gezogenen Bewerber werden Gutachten eingeholt.

(5) Danach erstellt die Berufungskommission eine Berufungsliste, die die Namen von drei Bewerbern enthalten soll (Berufungsvorschlag). Der Berufungsvorschlag sollte nur Namen von Wissenschaftlern enthalten, die sich auf die Ausschreibung hin beworben haben. Mitglieder der eigenen Universität dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen vorgeschlagen werden.

(6) Jedes Mitglied der Berufungskommission kann verlangen, daß sein von der Mehrheit abweichendes Votum beigefügt wird.

(7) Nach Beschluß des Fakultätsrates geben der Senat und die Gleichstellungsbeauftragte eine Stellungnahme zu den Berufungsvorschlägen ab. Jedes Senatsmitglied hat das Recht auf ein Sondervotum. Nach Beschlußfassung durch den Senat übergibt der Leiter der Universität den Berufungsvorschlag an das Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

(8) Dem Berufungsvorschlag sind alle zugehörigen Bewerbungs- und folgende weitere Unterlagen beizufügen:

- a) der Vorschlag der Berufungskommission und des Fakultätsrates,
- b) die Gutachten, davon jeweils mindestens zwei auswärtige,
- c) die Senatsstellungnahme und die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten,
- d) ggf. die Sondervoten.

(9) Nach der Ruferteilung benachrichtigt das Dekanat innerhalb von vier Wochen die im Berufungsvorschlag nicht berücksichtigten Bewerber über den Ausgang des Verfahrens und schickt die Bewerbungsunterlagen an sie zurück.

§ 42 Stellenbesetzungen

(1) Für die Stelle, die besetzt werden soll, ist ein Ausschreibungsverfahren durchzuführen.

(2) Bei Drittmittelstellen kann von einer Ausschreibung abgesehen werden; eine Einstellung setzt dabei voraus, daß der künftige Mitarbeiter von dem Hochschulmitglied, das das Drittmittelvorhaben durchführt, vorgeschlagen wurde.

(3) In der Ausschreibung ist die zu besetzende Stelle grundsätzlich unter Verwendung der weiblichen und der männlichen Form zu benennen. Stellenausschreibungen werden mit dem Zusatz versehen: "Die Technische Universität Ilmenau fordert Frauen nachdrücklich zur Bewerbung auf. Sie werden bei gleichwertiger Qualifikation und Eignung bevorzugt berücksichtigt. Schwerbehinderte haben bei gleichwertiger Qualifikation und Eignung Vorrang bei der Einstellung."

(4) Die Bewerbungen sind an das Dezernat Personalangelegenheiten zu richten, das auch den Eingang bestätigt. Nach Abschluß der Bewerbungsfrist gibt das Dezernat Personalangelegenheiten alle auf die Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen an den zuständigen Leiter weiter, bei dem die Stelle zu besetzen ist.

(5) Der zuständige Leiter erarbeitet einen Besetzungsvorschlag. Dieser ist bei Fakultätsmitarbeitern dem Fakultätsrat zur Stellungnahme vorzulegen. Nachfolgend und für alle beabsichtigten Besetzungen in den übrigen Bereichen ist der Personalrat entsprechend einzubeziehen.

(6) Haben sich Frauen beworben, so ist die Gleichstellungsbeauftragte oder die Vertreterin/der Vertreter des Gleichstellungsrates der Fakultät bei der Entscheidung zu beteiligen.

(7) Haben sich Schwerbehinderte beworben, so ist der Schwerbehindertenvertreter nach § 14 Absatz 1 des Schwerbehindertengesetzes zu beteiligen.

(8) Die Entscheidung des zuständigen Leiters und die Sterlungnahme des Fakultätsrates sind dem Dezernat Personalangelegenheiten schriftlich mitzuteilen. Dieses nimmt dann die Einstellung vor.

Abschnitt VI

Geschäftsgang/Inkrafttreten

§ 43 Geschäftsordnung

(1) Die Gremien geben sich eine eigene Geschäftsordnung, wenn dies zwei Drittel der Gremienmitglieder für notwendig erachten, die den allgemeinen Regelungen der §§ 43 - 49 entsprechen muß.

(2) Die Geschäftsordnung muß Bestimmungen über die Frist und die Form der Einladungen zu den Sitzungen sowie über den Geschäftsgang des Gremiums und seiner Ausschüsse enthalten. Änderungen der Geschäftsordnung bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Gremiums.

§ 44 Geschäftsleitung

(1) Im Rahmen der Geschäftsordnung leitet und verteilt der Vorsitzende die Geschäfte. Über die Verteilung der Geschäfte unter den Mitgliedern beschließt das Gremium.

(2) Der Vorsitzende bereitet die Beratungsgegenstände vor. Er beruft das Gremium mindestens eine Woche vor der Sitzung ein. Die Sitzungen finden in der Regel in einem Turnus von vier Wochen statt.

(3) Der Vorsitzende handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus. Er ist berechtigt, Zuhörer, die die Ordnung stören, zu ermahnen und ggf. des Raumes zu verweisen. Das Antragsrecht haben nur Mitglieder des Gremiums. Alle Anwesenden haben das Recht zur Stellungnahme zur Tagesordnung. Der Vorsitzende kann dieses Recht zeitlich begrenzen.

(4) In dringenden Angelegenheiten, die einen Aufschub bis zur nächsten Sitzung nicht gestatten, entscheidet, wenn durch Gesetz oder Grundordnung nicht anderes geregelt ist, der Vorsitzende anstelle des Gremiums allein. Die Gründe für die Eilentscheidung und das Ergebnis derselben sind den Gremiumsmitgliedern unverzüglich mitzuteilen.

§ 45 Beschlußfassung und Empfehlungen

(1) Die Gremien beschließen in Sitzungen. Sie sind - sofern im ThürHG, der Grundordnung und der Wahlordnung nicht anders festgelegt - beschlußfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Zur Annahme von Empfehlungen genügt die Hälfte Stimmen der anwesenden Mitglieder, bei Beschlüssen ist, wenn nicht anders festgelegt, die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder erforderlich.

(2) Entscheidungen, die Forschung, Entwicklungsvorhaben und die Berufung von Professoren und Hochschuldozenten unmittelbar berühren, bedürfen außer der Mehrheit des Gremiums auch der Mehrheit der dem Gremium angehörenden Professoren. Kommt danach ein Beschluß auch im zweiten Abstimmungsgang nicht zustande, genügt für eine Entscheidung die Mehrheit der dem Gremium angehörenden Professoren.

Die Zahl der anwesenden Mitglieder ist für die Beschlußfassung ohne Bedeutung, wenn wegen Beschlußunfähigkeit zum zweiten Male zur Verhandlung desselben Gegenstandes eingeladen und bei der zweiten Einladung hierauf ausdrücklich hingewiesen worden ist; dies gilt nicht für Beschlüsse zur Wahl- und Grundordnung.

(3) Über Beschlüsse wird grundsätzlich offen abgestimmt. Entscheidungen über Personalangelegenheiten ergehen in geheimer Abstimmung.

(4) Beschlußvorlagen sollten grundsätzlich mit der schriftlichen Einladung vorliegen. Falls die Beschlußvorlage nicht vorliegt, kann das Gremium über eine einmalige Vertagung der Beschlußfassung mit einfacher Mehrheit entscheiden. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Die Beschlußfassung kann in Ausnahmefällen auch im Umlaufverfahren durchgeführt werden. Stimmenthaltungen werden bei der Feststellung der Mehrheit nicht mitgerechnet, wenn durch Gesetz oder Grundordnung nicht anderes geregelt ist.

(5) Wird eine Gruppe geschlossen überstimmt, kann sie dem Beschluß ein Sondervotum beifügen, das Bestandteil der Entscheidung ist. Auf Antrag aller Vertreter einer Gruppe wird der Vollzug eines Beschlusses binnen drei Wochen ausgesetzt, es sei denn, daß das Gremium den sofortigen Vollzug des Beschlusses mit der absoluten Mehrheit der Mitglieder beschließt.

§ 46 Öffentlichkeit und Information

(1) Zeitpunkt und Ort der Sitzung sind unter Angabe der Tagesordnung spätestens fünf Arbeitstage vor der Sitzung in geeigneter Weise an allgemein zugänglicher Stelle öffentlich bekanntzumachen. Die Sitzungen des Konzils sind öffentlich, die des Senats, der Senatsausschüsse, die eines Fakultätsrates und die eines Institutsrates öffentlich in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich.

(2) Die Sitzungen haben in einem der Allgemeinheit zugänglichen Raum stattzufinden. Über den Ausschluß der Öffentlichkeit bei besonderen Problemen, insbesondere bei Personalangelegenheiten und in Prüfungssachen, wird in nichtöffentlichen Sitzungen beraten und entschieden. Diese Entscheidung bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Anwesenden.

(3) Das Ergebnis aller Beschlüsse, auch die in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten, wird im jeweiligen Zuständigkeitsbereich im Grundsatz bekanntgegeben (z. B. durch Aushang, Auslegen, Protokolleinsicht, Veröffentlichung).

(4) Der wesentliche Gang der Verhandlungen, insbesondere Abstimmungsergebnisse, sind niederzuschreiben. Die Gremienmitglieder können jederzeit die Niederschrift einsehen und sich Kopien anfertigen.

(5) Die Gremien berichten über ihre Tätigkeit mindestens einmal im Jahr in ihrem Zuständigkeitsbereich.

§ 47 Ausschluß und Befangenheit

(1) Für den Ausschluß wegen persönlicher Beteiligung oder der Besorgnis der Befangenheit gelten für die Mitglieder der Kollegialorgane die §§ 20, 21 ThürVwVfG entsprechend.

(2) Die Entscheidung über den Ausschluß sowie die Sachentscheidung im Falle des Ausschlusses fällt das Gremium ohne Beteiligung des persönlich Beteiligten oder Befangenen mit absoluter Mehrheit, wobei die Zahl der Stimmberechtigten um die Zahl der Ausgeschlossenen reduziert wird.

§ 48 Außerordentliche Sitzung

Auf Verlangen eines Drittels der Mitglieder des Gremiums oder eines Viertels der Mitglieder des Zuständigkeitsbereichs ist, soweit durch Gesetz oder Grundordnung nichts anderes geregelt ist, der Vorsitzende des betreffenden Gremiums verpflichtet, innerhalb von zwei Wochen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuladen und das gewünschte Anliegen in dieser außerordentlichen Sitzung zu behandeln.

§ 49 Stellvertretung

Bei Verhinderung eines stimmberechtigten Mitgliedes wird zu Beginn der Sitzung von der betreffenden Mitgliedergruppe dem Versammlungsleiter mitgeteilt, welches Mitglied mit beratender Stimme stimmberechtigt ist. Erfordert das Fehlen von Professoren eine Reduzierung der stimmberechtigten Mitglieder der anderen Mitgliedergruppen, dann sind diese entsprechend ihrem Vertretungsanteil zu reduzieren, wobei jedoch jede Mitgliedergruppe mindestens mit einem Stimmberechtigten vertreten sein muß.

§ 50 Behandlung von Streitfällen

(1) Zur Erledigung von Beschwerden und zur Beilegung von Streitigkeiten im Rahmen der Aufgaben der Universität sowie zur Behandlung von Verletzungen der Normen der Universität hat das Konzil einen Schlichtungsausschuß einzurichten. Der Schlichtungsausschuß kann von jedem Mitglied der Universität angerufen werden. Der Ausschuß kann insbesondere bei nicht ordnungsgemäßen Entscheidungen der Universitätsleitung, der zentralen Organe und der Fakultätsräte angerufen werden. Die Zuständigkeit des Personalrates nach dem Landespersonalvertretungsgesetz bleibt unberührt.

(2) Der Schlichtungsausschuß besteht aus:

- 2 Professoren,
- 2 akademischen Mitarbeitern,
- 2 Studierenden und
- 2 VT-Mitarbeitern.

(3) Das Schlichtungsverfahren wird auch durch ein anhängiges gerichtliches Verfahren nicht ausgeschlossen. Die Beteiligten können sich eines Beistandes aus dem Kreis der Universitätsmitglieder und -angehörigen bedienen. Die Beteiligten sind verpflichtet, zur Sitzung des Schlichtungsausschusses persönlich zu erscheinen.

(4) Die Sitzungen des Schlichtungsausschusses sind in der Regel universitätsöffentlich. Über die Nichtöffentlichkeit entscheidet der Ausschuß. Der Schlichtungsausschuß hat das Recht, Unterlagen einzusehen, Mitglieder und Angehörige der Universität vorzuladen oder zu einer schriftlichen Stellungnahme aufzufordern. Sie haben einer Vorladung Folge zu leisten. Hält der Schlichtungsausschuß die Beschwerde für begründet, ohne ihr abhelfen zu können, so hat er sie auf Verlangen des Beschwerdeführers mit einer eigenen schriftlichen Stellungnahme der zuständigen Stelle der Universität zu unterbreiten.

§ 51 Inkrafttreten

Diese Grundordnung tritt nach ihrem Erlass durch das Konzil und der Genehmigung durch das Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. Gleichzeitig wird die Grundordnung der Technischen Hochschule Ilmenau vom 18.09.1990 aufgehoben.